

Abg. Krupp dankte der Verwaltung für die Beantwortung des Antrages und der zusätzlichen Anfrage. Trotzdem beschäftige sie weiterhin die Frage, ob der Rhein-Sieg-Kreis nicht, wie im Antrag der SPD-Fraktion gefordert, über Bedarf ausbilden könne. Im Jahr 2008 würden erstmals Fachangestellte für Bürokommunikation ausgebildet. Der Presse sei in den letzten Tagen zu entnehmen gewesen, dass der Arbeitsmarkt Arbeitskräfte brauche. Gerade der neu angebotene Ausbildungsberuf des/der Fachangestellten für Bürokommunikation sei nicht so ganz eng an die Verwaltung angelegt.

Die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, dass es Aufgabe des öffentlichen Bereiches sei, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Aus eigenen Erfahrungen könne sie berichten, dass in der Behörde, in der sie tätig ist, über Bedarf ausgebildet werde und von Anfang an bekannt sei, dass die Auszubildenden im Anschluss nicht übernommen werden könnten. Diese würden dann jedoch bei der Arbeitsplatzsuche unterstützt und könnten auch gut untergebracht werden, da sie eine gute Ausbildung vorweisen können. Da Abg. Krupp davon ausgehe, dass auch der Rhein-Sieg-Kreis gut ausbilde, bat sie um Mitteilung, warum es dann nicht möglich sei, wie schon einmal gefordert, drei Ausbildungsplätze zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Herr Carl antwortete, dass die Erfahrung zeige, dass es schwierig sei, genügend geeignete Bewerber/innen zu finden seien. In diesem Jahr sei genau die Zahl an Bewerber/innen gefunden worden, wie auch Ausbildungsplätze angeboten würden.

Die Ausbildung beim Rhein-Sieg-Kreis sei sehr verwaltungsspezifisch, so dass es extrem schwierig sei, die Absolventen dann auch auf dem Arbeitsmarkt zu platzieren. Ab und an würden Städte und Gemeinden Auszubildende übernehmen, dies sei jedoch nicht der Regelfall.

SKB Simon äußerte, dass er andere Erfahrungen gemacht habe. Andere Institutionen und Behörden böten viel mehr Ausbildungsplätze an und bekämen diese auch besetzt. Er regte an, dass die Verwaltung darüber nachdenken solle, im Rahmen der Ausbildung neue Wege zu gehen und erläuterte in diesem Zusammenhang das Instrument der Verbundausbildung, z. B. bei der Stadt Köln.

Herr Carl antwortete, dass die Schwierigkeit darin bestünde, dass der Rhein-Sieg-Kreis eine Kreisverwaltung sei und nicht mit einer Stadtverwaltung, die beispielsweise über einen Bauhof verfügt, vergleichbar sei. Im Rhein-Sieg-Kreis gebe es relativ wenig Bereiche, in denen mit anderen Verbundpartnern ausgebildet werden könne, die Verwaltungstätigkeit stehe naturgemäß im Vordergrund.

Hinweis der Verwaltung

Nachfragen in Köln und Gütersloh haben ergeben, dass die Verbundausbildung bei Berufen wie Koch, Straßenwärter, Bestattungsfachkräfte oder Sport- und Fitnesskaufleute praktiziert wird.

SKB Simon vertrat weiterhin die Auffassung, dass es möglich sei, mehr Ausbildungsplätze zu besetzen und merkte an, dass allerdings auch frühzeitig mit dem Auswahlverfahren begonnen werden müsse.

Herr Nitschke teilte hierzu mit, dass das Auswahlverfahren für die Einstellung von Auszubildenden im Herbst 2008 bereits zum jetzigen Zeitpunkt beendet sei, dies schließe definitiv aus, dass zu spät mit der Auswahl begonnen werde.

Das, was oftmals als Verbund bezeichnet werde, sei teilweise etwas, was sich aus der Ausbildung selbst ergebe. So sehe die Ausbildung zur/zum Fachangestellten für Bürokommunikation automatisch ein 4-monatiges Praktikum bei einem Privatunternehmen vor. Der Ausbildungsberuf der/s Fachangestellten für Bürokommunikation sei in der freien Wirtschaft am ehesten vermittelbar. Aus diesem Grunde wäre der Rhein-Sieg-Kreis auch bezüglich der Anzahl der Ausbildungsplätze des neuen Ausbildungsberufes flexibel gewesen, es habe sich allerdings gezeigt, dass nicht mehr als die vier vorgesehenen Ausbildungsplätze hätten mit geeigneten Bewerbern/innen besetzt werden können. Es mache keinen Sinn auszubilden, wenn schon anhand der Bewerbungsunterlagen (gravierende Rechtschreibfehler) ersichtlich sei, dass derjenige in dem Ausbildungsberuf scheitern würde. Es würden nur noch diejenigen eingestellt, denen zugetraut wird, dass sie die Ausbildung erfolgreich absolvieren. So konnte auch die Durchfallquote fast gen Null gesenkt werden. Diese Verfahrensweise sei gegenüber den Jugendlichen auch gerechter.